

Zur prinzipiellen
Koalitionsoffenheit auf
allen politischen Ebenen

Schwarz-grüner „Tabubruch“

Alexander S. Neu

„Wir sind in der politischen Normalität angekommen“ (*taz*, 2. Februar 2004), erklärte die Vorsitzende der Kölner Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Barbara Moritz, auf einer Mitgliederversammlung des Kölner Kreisverbandes Ende Januar 2004 mit Blick auf die schwarz-grüne „Tabubruch“-Koalition in Köln. Die lange politische Parlamentarisierungsreise der Grünen scheint spätestens in Köln beendet worden zu sein: Als Ausweis dieses langjährigen Prozesses hin zur „politischen Normalität“ steht die prinzipielle Koalitionsoffenheit von Bündnis 90/Die Grünen.

Der ersten schwarz-grünen Koalition in einer Millionenstadt, die am 4. Februar 2003 in Köln geschlossen wurde, kommt jedoch nicht nur eine kommunalpolitische Relevanz zu, sondern sie stieß bundesweit auf erhebliche Resonanzen.

Diese ungewöhnliche Farbenkombination provozierte unmittelbar und quasi-automatisch eine richtungweisende Fragestellung: *Quo vadis, Grüne?*

Es geht um die Frage der prinzipiellen Koalitionsoffenheit der Grünen und somit auch in Richtung der CDU. Und dies nicht nur mit Blick auf andere Kommunen, sondern auch und vor allem auf die übergeordneten politischen Ebenen, also die Länder und den Bund.

Um diese zentrale Fragestellung zu erörtern, müssen zunächst Leitfragen zu den Rahmenbedingungen der schwarz-grünen „Tabubruch“-Koalition formuliert und Hintergrundinformation vermittelt werden:

Was ist das Ungewöhnliche an einer grünen Koalitionsfähigkeit im Generellen? Und was ist das Besondere an der schwarz-grünen „Tabubruch“-Koalition im Speziellen? Was sind die Bestimmungsfaktoren für eine „Tabubruch“-Koalition im Allgemeinen und welche waren es für die schwarz-grüne Koalition in Köln bis zum 26. September 2004 im Besonderen? Es soll versucht werden, diese Antworten im ersten Abschnitt darzulegen. Im zweiten Abschnitt geht es um das Verhältnis der grünen Basis zum Koalitionsvertrag beziehungsweise zur Koalition. Der dritte Abschnitt skizziert die größte kommunalpolitische Herausforderung als undankbare Aufgabe für die Grünen, wenn sie auch durch die Kommunalwahlen bestätigt wurden. Der vierte Abschnitt soll eine Antwort auf die zentrale Fragestellung des „*Quo vadis, Grüne?*“ für den Mikrokosmos Köln liefern. Der fünfte Abschnitt bildet den Versuch einer Prognose auf der Grundlage der Bestimmungsfaktoren für eine „Tabubruch“-Koalition mit Blick auf die Landesebene. Der sechste Abschnitt versucht sich analog zum fünften in einer Prognose für den Bund. Der siebte und abschließende Abschnitt resümiert die Ergebnisse.

Besonderheit grüner Koalitionen

Die grüne Partei galt in den Achtzigern bis in die frühen neunziger Jahren als das „*Enfant terrible*“, das „Schmuddelkind“ und „Schreckgespenst“, unter den politischen Parteien. Nicht selten polemisierte

die CDU gegen die SPD mit der Behauptung, diese habe Koalitionsambitionen mit den Grünen, um die SPD in der Öffentlichkeit damit zu diskreditieren.

Jüngst bezeichnete der CSU-Landesgruppenchef Michael Glos die Grünen noch als eine Partei, in der „Öko-Stalinisten“ und „Terroristen“ – gemeint waren der Grünen-Bundesumweltminister Jürgen Trittin und -Bundesaßenminister Joschka Fischer – das Sagen hätten.

Die Grünen selbst bildeten ihrem Selbstverständnis nach die Antipode zur CDU. Angesichts dessen stellte die schwarz-grüne „Tabubruch“-Koalition in Köln einen Meilenstein in der gegenseitigen Perzeption beider Parteien und einen nicht zu leugnenden Präzedenzfall dar.

Ein weiterer Aspekt, der die schwarz-grüne Koalition zur Besonderheit macht, ist der Umstand, dass die Grünen auf Landesebene (NRW), im Bund, ja sogar in vier von neun Kölner Bezirksvertretungen (Stadtteilparlamente) mit der SPD koalierten. In den fünf übrigen Stadtbezirken befanden sich die Grünen in der Opposition.

Durch die vertikale Ummantelung der schwarz-grünen Ratskoalition sind Reibungspunkte zwischen den Grünen-Ebenen aufgrund ihrer jeweiligen Koalitionsverpflichtungen unausweichlich.

Der schwarz-grünen Koalition waren sowohl auf politischer Makro- als auch auf politischer Mikroebene mehrere Entwicklungsmomente vorausgegangen:

Die politische Makroebene

Auf der politischen Makroebene mach(t)en zwei Momente, ein internes und ein externes Entwicklungsmoment, die Grünen zu einem zunehmend attraktiven und potenziellen Koalitionspartner für die beiden großen Volksparteien:

Intern – das Phänomen der Parlamentarisierung, das heißt die organisatorische Strukturierung und inhaltliche Annäherung an das Machbare einer Partei:

Die Aufgabe des Rotationsverfahrens, die partielle Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat et cetera im organisatorischen Bereich einerseits und die inhaltlichen Revisionen und Kompromisse wie der nicht unmittelbare, sondern zeitlich gedehnte Ausstieg aus der Kernenergie andererseits verweisen auf einen Wandlungsprozess weg von einer rein idealistischen Gruppierung hin zu einer zunehmend professionalisierten Partei.

Extern: Das Auftauchen der PDS auf Bundesebene zu Anfang der neunziger Jahre führte zu einer Verlagerung des „Schmuddelkind-Images“ von den Grünen auf die PDS.

Was nun noch fehlte, um die Grünen zum attraktiven Koalitionspartner auf Bundesebene zu machen, waren gewissermaßen drei Bedingungen, die praktisch zeitgleich erfüllt werden mussten und gemeinsam mit den beiden oben genannten Entwicklungsmomenten als die wesentlichen Bestimmungsfaktoren für eine „Tabubruch“-Koalition zu begreifen sind: eine grundlegende persönliche Sympathieebene der Mandatsträger beider Fraktionen bereits im zeitlichen Vorfeld der Koalition, ein Mindestmaß an inhaltlichen Schnittmengen und somit sich annähernden Kommunikationsebenen; und schließlich eine politische Situation, in der die bisherige Konstellation im Parteispektrum definitiv als nicht mehr tragfähig erscheint.

Alle drei Bedingungen waren Mitte beziehungsweise Ende der neunziger Jahre erfüllt: Grüne und SPD-Parlamentarier – beide in der Opposition – entdeckten zunehmend eine gegenseitige Sympathie. Stellvertretend hierfür steht insbesondere die spezielle Beziehung Joschka Fischers und Gerhard Schröders. Die inhaltlichen Schnittmengen zwischen SPD und Grünen waren signifikant größer als diejenigen beider Parteien jeweils mit der CDU, der FDP oder der PDS. Damit war die kommunikative Voraussetzung ebenfalls

gegeben. Und schließlich spielte auch der viel beschworene Neuanfang nach der Ära Kohl eine Rolle.

Für die SPD verbot es sich von allein, mit der FDP oder der CDU – also den vorangegangenen Regierungsparteien – eine Koalition einzugehen. Die SPD hätte diesen von den Wählern damals geforderten Neuanfang durch eine beispielsweise rot-gelbe Koalition oder eine rot-schwarze Koalition nicht überzeugend erklären können. CDU und FDP trugen zu sehr die Lasten der eigenen Regierungsvergangenheit vor sich her. Eine schwarz-gelb-grüne Koalition wäre allein – ungeachtet der inhaltlichen Discrepanzen der beiden Parteien mit den Grünen – angesichts des beachtlichen Vorsprungs der SPD ein Affront gegen den Wählerwillen gewesen.

Angesichts dessen ließ die parlamentarische Parteienkonstellation nur ein rot-grünes Bündnis zu. Mit der rot-grünen Koalition auf Bundesebene seit 1998 sind die Grünen parlamentarisch und in der Öffentlichkeit definitiv als ernst zu nehmende politische Gruppierung akzeptiert. Die Fortsetzung der Koalition nach der Bundestagswahl 2002 und der prozentuale Zugewinn konsolidierten diese Akzeptanz.

Die politische Mikroebene

Unter dem Gesichtspunkt der Logik war es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch schwarz-grüne Koalitionsüberlegungen zunächst auf kommunaler Ebene bei beiden Parteien vorsichtig um sich griffen. Um diesen Gedankenspielen eine konkrete Gestalt zuteil werden zu lassen, mussten auch hier diese drei oben genannten Bedingungen zeitgleich eintreten. Alle drei Faktoren materialisierten sich gegen Ende 2002 beziehungsweise Anfang 2003 in Köln: Bereits in der vorangegangenen Wahlperiode, als die CDU in einer inoffiziellen rot-schwarzen Koalition (SPD und CDU kooperierten in einer

faktischen Koalition ohne Koalitionsvertrag durch jeweilige Absprachen) als Juniorpartner fungierte, signalisierten vor allem jüngere CDU-Ratsmitglieder ein vorsichtiges Interesse an einer Kooperation mit den Grünen. Die ersten inhaltlichen Schnittmengen zwischen beiden Rats-Faktionen führten zu gelegentlichen gemeinsamen Absprachen an der inoffiziellen rot-schwarzen Koalition vorbei. Aber erst das Scheitern der schwarz-gelben Koalition in der darauf folgenden Wahlperiode (1999–2004) Ende 2002 indizierte eine faktische Alternativlosigkeit zur schwarz-grünen Koalition beider Parteien, wenn es gelten sollte, mit einer stabilen Mehrheit berechenbare Politikgestaltung zu garantieren und nicht durch wechselnde Mehrheiten zu lavieren. Denn weder die PDS mit zwei Sitzen noch die Republikaner mit einem Sitz waren für die CDU akzeptable Partner, noch hätten sie die absolute Mehrheit sicherstellen können.

Zwar führte die gescheiterte schwarz-gelbe Koalition die CDU theoretisch in die komfortable Situation einer Option zwischen SPD und Grünen als Juniorpartner der CDU. Jedoch bestand diese Option faktisch nicht, da die SPD sich selbst in einem katastrophalen Zustand befand beziehungsweise befindet.

Ebenso stand für die Grünen nur die CDU als Koalitionspartner zur Verfügung, da erstens SPD und Grüne nicht über die notwendige Mehrheit verfügten und zweitens davon unbenommen auch die Grünen den Zustand der SPD als nicht tragbar für eine Koalition betrachteten: Der SPD war in der Affäre um die mutmaßlichen Aktieninsidergeschäfte ihres Oberstadtdirektors und Oberbürgermeister-Kandidaten Klaus Heugel 1999 ihr Spitzenkandidat abhanden gekommen. Damit aber nicht genug: Der Skandal bescherte der SPD eine dramatische Niederlage bei den Kommunalwahlen 1999, wodurch sie ihre seit Jahrzehnten gesicherte

Position als Kölns erste politische Adresse einbüßte.

Während sich die SPD nur schwerlich von dem Skandal erholte, ereilte sie ein weiterer, noch viel schwerwiegenderer Skandal: Der SPD-Fraktionschef des Rates, Norbert Rüther, steht seit 2002 im Zentrum eines Spendenskandals, der bundesweit für Aufsehen sorgte. Dabei ging es nicht nur um Finanzmittel, die unrechtmäßig als Parteispenden verbucht wurden, sondern auch um den Verdacht von Steuerhinterziehungen und Schmiergeldern im Zusammenhang mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage und dem Entsorgungsunternehmen Trienekens.

Durch diese Skandale stellte die SPD auf absehbare Zeit keinen ernst zu nehmenden Koalitionspartner für die CDU oder die Grünen dar, ohne dass diese dadurch selbst einen Imageschaden erlitten hätten.

Hierdurch wurde die dritte und letztlich entscheidende Bedingung erfüllt: Die parteipolitische Konstellation Kölns ließ unter der oben genannten Maßgabe einer stabilen Mehrheit keine andere Option zu. Die SPD lieferte selbstverschuldet den Grünen und der CDU die Grundlage für deren Kooperation. Der Weg zu den Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und den Grünen war somit geebnet.

Die grüne Basis und der Koalitionsvertrag

Oftmals ist die Basis einer Partei erheblich struktur- und wertkonservativer als die Parteispitze beziehungsweise die Fraktion. Dieses Phänomen ist mitunter durch die Erkenntnis parteipolitischer Entscheidungsträger zu erklären, dass sich politische Ziele in demokratischen Gesellschaften nicht kompromisslos, sondern vor allem durch Konsensfindung realisieren lassen. Überdies ist die Kommunikation zwischen den Parteieliten wesentlich ausgeprägter als die zwischen der Basis unterschiedlicher Parteien, was sich

wiederum auf das größere gegenseitige Verständnis der Parteieliten der unterschiedlichen Parteien auswirkt. Angeichts dieser Aspekte werden die Wertvorstellungen und Strukturen einer Partei zumeist von der parteipolitischen Elite reformiert.

Die Widerstände einer Parteibasis insbesondere mit Blick auf „Tabubruch“-Koalitionen bedeuten oft einen Drahtseilakt, der von der Parteielite gemeistert werden muss. Dieses Phänomen lässt sich sehr gut mit dem „Zwei-Ebenen-Spiel“, das ursprünglich der Erklärung des Zusammenspiels zwischen Außen- und Innenpolitik diente, darlegen.

Zentraler Akteur ist hier die Parteielite, die auf zwei Ebenen, gegenüber der Parteibasis und gegenüber dem Verhandlungspartner, also dem potenziellen Koalitionspartner, agieren muss. Die eigenen Handlungs- und Entscheidungsfreiraüme versucht die Parteielite dadurch auszuweiten, dass sie mit Verweis auf ihre Parteibasis dem Verhandlungspartner verdeutlicht, dass die eigenen inhaltlichen und personellen Konzessionen für eine Koalition nur begrenzt sein könnten, da sonst die Parteibasis nicht mitspielen. Umgekehrt wird die Parteielite der eigenen Basis verdeutlichen, dass in den Verhandlungen mit dem potenziellen Koalitionspartner nicht mehr „herauszuholen“ war, ohne dass die Verhandlungen gescheitert wären. Die Parteielite spielt somit beide Ebenen gegeneinander aus, um das Ziel, eine Koalition zu den eigenen besten Bedingungen, zu erreichen. Den Kölner Grünen gelang dieser Drahtseilakt nahezu modellhaft.

Am 4. Februar 2003 wurde der zwischen der CDU und den Grünen ausgehandelte Koalitionsvertrag unterzeichnet. Dem folgte auf den beiden getrennten Mitgliederversammlungen der CDU und der Grünen jeweils das Votum seitens ihrer Parteibasis: Die grüne Basis stimmte am 17. Februar 2003 mit 79 Prozent der

abgegebenen Stimmen dem Koalitionsvertrag zu – nicht jedoch ohne vorangegangene intensive Diskussion und Kritik: Während die Parteispitze und die Rats-Fraktion die Alternativlosigkeit der schwarz-grünen „Tabubruch“-Koalition als Ausweis grüner Regierungstauglichkeit angesichts der politischen Probleme Kölns betonten, unterstrichen große Teile der anwesenden Parteibasis nochmals die grünen Werte, um dann schließlich doch mehrheitlich dem eingeschlagenen Kurs der Parteielite zu folgen.

Die CDU folgte eine Woche später am 24. Februar 2003 ebenfalls mit überwältigender Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Koalitionsvertrag.

Es handelte sich bei den Voten letztlich um Akklamationen. Der von den Entscheidungsträgern ausgehandelte Koalitionsvertrag konnte nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Inhaltliche Modifikationen wären nur zu dem Preis neuer Verhandlungen möglich und damit dem Risiko des Scheiterns bei Wiederaufnahme der Verhandlungen behaftet gewesen. Der Koalitionsvertrag ist zeitlich bis zu den Kommunalwahlen im September 2004 begrenzt.

Eine faktische Bestätigung des schwarz-grünen Kurses erfuhren die grüne Parteispitze und grüne Ratsfraktion seitens der Basis auf der Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Ratslistenkandidaten gut ein Jahr nach Beginn der Koalition Ende Januar 2004. Weder war substanziale inhaltliche Kritik an der Koalition noch diesbezügliche Kritik an deren Protagonisten zu vernehmen.

Die kommunale Haushaltsbürde und der erste Stimmungstest

Im Zentrum des schwarz-grünen Bündnisses stehen die Bemühungen zur Konsolidierung des kommunalen Haushaltes. Köln steht wie viele deutsche Kommunen am finanziellen Abgrund. Die Stadt benötigt ein tragfähiges und

nachhaltiges Haushaltssicherungskonzept, das sich anders als durch die primär verfolgte Politik des Ausverkaufs städtischen Tafelsilbers kennzeichnet. Hierbei nehmen vor allem die Grünen eine Vorreiterrolle ein: Das ihnen zu Grunde liegende Paradigma zielt auf Ausgabensenkungen durch bisweilen massive Umstrukturierungen der kommunalen Verwaltung und auch erforderlicher Einsparungen im sozialen sowie kulturellen Bereich und nicht durch sukzessiven Vermögensverzehr zur Finanzierung konstanter oder gar wachsender Ausgaben ab. Dass diese Finanzpolitik nicht überall auf Euphorie in der Bevölkerung wie auch in der Verwaltung stößt, versteht sich von selbst. Insofern stellte die Übernahme der politischen Verantwortung der Grünen angesichts dieser Haushaltsbürde in Köln zunächst einmal eine für sie undankbare Situation dar.

Dennoch ist die Politik des „Kastanien-aus-dem-Feuer-Holens“ für die Grünen als Nachweis politischer Verantwortung bei der Kommunalwahl am 26. September dieses Jahres seitens der Bürger honoriert worden. Es gab bereits einen ersten Stimmungstest: die Wahl zum EU-Parlament am 13. Juni 2004. Dabei konnten die Kölner Grünen ihr Wahlergebnis im zweifachen Sinne verdoppeln: Erstens erzielten die Kölner Grünen mit 23,6 Prozent Stimmenanteil doppelt so viele Prozentpunkte wie das bundesweite Ergebnis mit 11,6 Prozent. Und zweitens verdoppelten sie nahezu das Kölner Ergebnis im Vergleich zur vorangegangenen EU-Parlamentswahl im Jahre 1999, bei der sie in Köln lediglich 14,2 Prozent Stimmenanteil erzielten. Mit der Europa-Wahl hätten die Kölner Wähler den Grünen einen „Denkzettel“ für deren „Tabubruch“-Koalition sowie die damit einhergehende kommunale Konsolidierungspolitik verpassen können. Dies taten sie jedoch offensichtlich nicht. Im Gegenteil: Mit dem Europawahlergebnis in Köln

mutieren sie zur Kölner Volkspartei und stehen auf gleicher Augenhöhe mit der Kölner SPD. Und so ist der erste Stimmungstest mit einem historischen Hoch für die Kölner Grünen kurz vor der Kommunalwahl bereits mehr als nur positiv verlaufen. Die Kölner Grünen sahen sich nun zu Recht als kommunale Volkspartei in einer komfortablen Ausgangsposition für die Kommunalwahl.

Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition in Köln?

Derweil hielten sich beide Koalitionspartner mit Blick auf konkrete Koalitionsaussagen über die Fortsetzung der Koalition nach der Kommunalwahl im September 2004 sehr bedeckt. In einem Interview mit Fritz Schramma, dem CDU-Oberbürgermeister, bekundet dieser durchaus Interesse an einer Fortsetzung der Koalition nach den Wahlen, ohne sich jedoch in einer verbindlichen Terminologie zu verfangen.

Noch unverbindlicher in der Wortwahl äußerte sich die Fraktionsvorsitzende der Ratsgrünen, Barbara Moritz, in einem Interview mit der *taz* über die Zukunft von Schwarz-Grün in Köln.

Dass das schwarz-grüne Bündnis gewissermaßen nicht eine Art einmaliger „Betriebsunfall“ ohne Präzedenzcharakter für Köln ist, sondern vielmehr einen Ausweis genereller Koalitionsoffenheit gegenüber den beiden Volksparteien darstellt, daran ließ die Aussage ihres Standessprechers Jörg Penner in seinem Beitrag für den *Kölner Mitgliederrundbrief* der Grünen keinen Zweifel aufkommen.

Hierbei knüpft er die Entscheidung für oder gegen einen potenziellen Koalitionspartner an die Maßgabe der bestgewährleisteten Realisierung grüner Vorstellungen und verabschiedet sich von der Doktrin des „natürlichen Partners SPD“.

Der Paradigmenwechsel ist unübersehbar: Es handelt sich hierbei um ein eindeutiges Bekenntnis zur Macht- und

Interessenpolitik einer Partei, die sich nicht mehr als ideologisch gebundener Juniorpartner der SPD ausgeliefert sehen will, sondern ihren Eigenwert erkennt und sich entsprechend emanzipiert. Die beiden großen Volksparteien werden – sofern sie sich nicht dauerhaft auf große Koalitionen festlegen wollen – künftig werben und Konzessionen machen müssen, sollten sie die in ihrem Selbstbewusstsein gefestigten Grünen jeweils für sich gewinnen wollen. Und dies gilt umso mehr, als das Kommunalwahlergebnis der Grünen das Europawahlergebnis bestätigt hat. Die neue grüne Marschrichtung in Köln stellt die letzte Zäsur in einem langen Prozess der politischen Anpassung dar: die generelle Koalitionsoffenheit.

Quo vadis, Grüne, in Nordrhein-Westfalen?

Die Grünen in NRW befinden sich seit 1995 in einer Koalition mit der SPD. Obwohl dies nicht die erste rot-grüne Koalition auf Länderebene gewesen ist, kam dieser doch eine übergeordnete Bedeutung zu: Die rot-grüne Koalition in NRW ebnete als Modell gewissermaßen den Weg für die rot-grüne Koalition auf Bundesebene im Jahre 1998. Die rot-grüne Landeskoalition in NRW sah sich in der Vergangenheit mehrfach großen Belastungen ausgesetzt. Die letzte Koalitionskrise löste der neue und bis dahin kaum bekannte nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück als Nachfolger von Wolfgang Clement im Sommer 2003 aus. Als offiziellen Grund nannte er mangelnde inhaltliche Übereinstimmungen wie das geplante Projekt Metrorapid oder den beschleunigten Ausbau von Autobahnen, was auf nur wenig Gegenliebe seitens des grünen Koalitionspartners stieß. Steinbrück versuchte durch die von ihm inszenierte Krise, die Grünen in seinem Sinne zu disziplinieren, da diese sich für ihn zu sehr profilierten. Dabei

schrak er auch nicht davor zurück, den Grünen das ultimative Folterinstrument zu zeigen: Er drohte offen mit dem Ende der rot-grünen Koalition zu Gunsten eines rot-gelben Bündnisses.

Bei den Grünen wurde hingegen gemutmaßt, die wahren Motive Steinbrücks seien das permanente Umfrageziel der SPD sowie seine geringe Bekanntheit als neuer Landesvater in Nordrhein-Westfalen. Diesen nachteiligen Realitäten wolle er nun als stark erscheinender Ministerpräsident entgegentreten. Nach fast sieben Wochen substanzialer Krise knickte Steinbrück ein, das Metrorapid-Projekt wurde ad acta gelegt, und die Grünen gingen faktisch gestärkt aus der Krise hervor.

Begünstigt wurde die Niederlage Steinbrücks durch den mangelnden Rückhalt seiner eigenen Partei in dieser von ihm inszenierten Krise: Weder die Bundes-SPD einschließlich des Kanzlers noch die SPD-Basis in Nordrhein-Westfalen zeigten sich erfreut über das Vorpreschen des Ministerpräsidenten. Neben dem unmittelbaren Imageschaden für Steinbrück selbst kommt noch ein mittelbarer Schaden für die SPD in Nordrhein-Westfalen hinzu: Für die Grünen-Protagonisten einer prinzipiellen Koalitionsoffenheit über die kommunale Ebene hinaus war das Verhalten der SPD Wasser auf ihre Mühlen, manifestierte sich doch der Einbahnstraßecharakter der Doktrin des „natürlichen Partners SPD“. Die SPD beraubte sich auf diese Weise selbst des Koalitionsmonopols gegenüber den Grünen in Nordrhein-Westfalen.

Zwar erteilt die Führung der Nordrhein-Westfalen-Grünen aufkommenden Koalitionsspekulationen mit der CDU auf Landesebene (noch) eine Absage, bei genauerer Betrachtung allerdings manifestiert sich, dass das Motiv weniger in einer prinzipiellen Antipathie zu finden ist als vielmehr in noch nicht ausreichend vorhandenen inhaltlichen Schnittmengen wie der „Energiepolitik, dem Verbrau-

cherschutz, der Innen- und Rechtspolitik sowie der Sozialpolitik“, so der Nordrhein-Westfalen-Landessprecher Fritjof Schmidt.

Sollten sich die Quantität und Qualität der inhaltlichen Schnittmengen jedoch von der SPD weg hin zur CDU verlagern, dann stünde einer schwarz-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen angesichts der genannten Bestimmungsfaktoren auf den ersten Blick nichts mehr im Wege. Auf den zweiten Blick indes kommt gerade für NRW ein weiterer Bestimmungsfaktor hinzu: der bereits angesprochene spezielle Modellcharakter, also das von Nordrhein-Westfalen ausgehende Signal nach Berlin, was somit auch eine hemmende Wirkung für schwarz-grüne Experimente in Nordrhein-Westfalen impliziert. Solange auf Bundesebene die rot-grüne Koalition intakt ist, dürfte es schwer werden für die Nordrhein-Westfalen-Grünen, mit der CDU ein Bündnis einzugehen. Erst eine Neu-Konstellation in Berlin, in der Grüne und SPD nicht mehr miteinander verbunden sind, dürfte diesen zusätzlichen Bestimmungsfaktor für Nordrhein-Westfalen obsolet machen.

Quo vadis, Grüne, im Bund?

Eine schwarz-grüne Koalition als Alternative zur derzeitigen rot-grünen Koalition wäre der Basis beider Parteien derzeit nicht vermittelbar. Eine solche Koalition auf Bundesebene bedeutete für viele Grüne – im Unterschied zu den Kölner Grünen – das Eingeständnis, sich zu einer normalen Partei entwickelt zu haben. Die Illusion, noch eine außerordentliche politische Erscheinung zu sein, bildet für viele Basis-Grüne immer noch die Grundlage ihres Selbstverständnisses. Um die Grünen an diesen Gedanken zu gewöhnen, bedarf es mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhergehender erfolgreicher schwarz-grüner Experimente auf Länderebene.

Aber auch inhaltlich sind die unterschiedlichen Positionen in bundespolitisch relevanten Themen derzeit und auf absehbare Zeit zu weit auseinander, als dass man von einer Qualität mit Kompromiss-Charakter sprechen könnte. Insbesondere in für die Grünen wichtigen Politikfeldern handelt es sich nicht um punktuelle Meinungsunterschiede mit Verhandlungsmasse, sondern um handfeste Antagonismen. Dazu zählen vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik, die EU-Politik im Generellen und EU-Türkei-Politik im Besonderen, die Zuwanderungspolitik, die Familienpolitik, die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik et cetera.

Angesichts dieser beiden Aspekte scheint eine schwarz-grüne Bundesregierung für die sechzehnte Legislaturperiode nahezu unrealistisch. Diese Prognose wird durch den Umstand verstärkt, dass auf Bundesebene auf absehbare Zeit keine politische Situation entstehen wird, die die SPD als Koalitionspartner der Grünen nicht mehr akzeptabel erscheinen lässt. Es sei denn, die SPD würde ihren derzeitigen Niedergang fortsetzen, sodass eine rot-grüne Koalition nicht mehrheitsfähig wäre.

Prinzipielle Koalitionsoffenheit

Die schwarz-grüne Koalition in Köln wies einen richtungweisenden Tabubruch auf. Die ungewöhnliche Kölner Farbenordnung stellte zweifellos einen Präzedenzfall für andere Kommunen, aber auch – und das ist noch bedeutsamer – für die

übergeordneten Ebenen dar. Die Grünen sind dort angekommen, wogegen sie in ihren Anfangsjahren protestierten: gegen etablierte Parteien, feste Strukturen und Hierarchien. Analog dazu verlief die inhaltliche Annäherung.

Die Grünen sind nun prinzipiell koalitionsfähig mit jeder Partei, die sich auf dem Boden der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ des bundesdeutschen Staats- und Rechtswesens bewegt. Die inhaltlichen Differenzen zu diesen Parteien variieren von verhandelbar bis unverhandelbar.

Der Prozess hin zur prinzipiellen Koalitionsoffenheit der Grünen wurde in Köln und in Nordrhein-Westfalen jeweils durch das Verhalten der SPD katalysiert. In beiden Fällen wurde den Grünen deutlich, dass ein doktrinäres Festhalten an der SPD als „natürlichem Partner“ sich zu ihrem Nachteil auswirkt und eine Emanzipation von der SPD unausweichlich ist.

Die Grünen haben gelernt, dass der Besitz von Macht die Grundlage darstellt, um Visionen und Werte zu realisieren. Sie mussten lernen, dass politische Kompromisse zwar schmerhaft sind, die Kompatibilität jedoch die einzige Möglichkeit in der Demokratie darstellt, Politik gestalten zu können. Wichtig für die Grünen muss es bleiben, dass sie Macht nicht als Eigenzweck betrachten, sondern diese immer an die Umsetzung ihrer Werte binden – die Macht für die Grünen also einen ausschließlich instrumentellen Charakter behalten muss.

Die Novemberausgabe der Politischen Meinung 2004 erscheint zu dem Schwerpunkt
Forschung und Menschenbild.

Die Beiträge werden sich unter anderem mit den Aspekten
Hirnforschung und Ethik im Dialog sowie Freiheit und Determiniertheit
des Menschen befassen.